

gesellschaft
für **bedrohte
völker**

Gerechtigkeit für Darfur

**Vier Jahre Engagement der internationalen Gemeinschaft
für ein Ende der Straflosigkeit in Darfur (2004 – 2008)**



**Menschenrechtsreport Nr. 57
der Gesellschaft für bedrohte Völker - Dezember 2008**

Gesellschaft für bedrohte Völker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat
der VEREINTEN NATIONEN und mitwirkendem Status beim EUROPARAT

Arbil - Bern - Göttingen/Berlin - Groningen - Luxemburg - New York -
Pristina - Sarajevo/Srebrenica - Temuco - Wien

Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024
D-37010 Göttingen
Telefon ++49 (0)551 49906-0
Fax ++49 (0)551 58028
info@gfbv.de
www.gfbv.de



Spendenkonto: 1909 - Sparkasse Göttingen - BLZ 260 500 01

Impressum:

Text: Ulrich Delius
Redaktion: Inse Geismar
Satz und Layout: Florian Gobrecht
Preis: 2,50 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Dezember 2008

Inhalt

GERECHIGKEIT FÜR DARFUR

Vier Jahre Engagement der internationalen Gemeinschaft für ein Ende der Straflosigkeit in Darfur (2004-2008)

Ein Menschenrechtsreport der Gesellschaft für bedrohte Völker

1. Hintergrund: Dramatische Lage der Zivilbevölkerung in Darfur	4
2. Sudans Regierung missachtet Völkerrecht	5
3. Kritik an Sudans Führung aus dem eigenen Land	6
4. Internationale Staatengemeinschaft missachtet ihre Verantwortung	6
5. Chronik der Bemühungen um ein Ende der Straflosigkeit in Darfur	7

Hintergrund: Dramatische Lage der Zivilbevölkerung in Darfur

Fast sechs Jahre nach Beginn des Völkermords in Darfur eskaliert die humanitäre und menschenrechtliche Lage im Westen des Sudan immer mehr. Seit Beginn des Jahres 2008 sind weitere 230.000 Menschen in Darfur vertrieben worden. Allein 60.000 Menschen mussten nach UN-Angaben aufgrund von Angriffen der sudanesischen Armee fliehen (Washington Post, 20.6.2008). Damit erhöht sich die Zahl der Menschen, die seit der Unterzeichnung des „Friedensabkommens“ in Darfur am 5. Mai 2006 ihre Dörfer verlassen mussten, auf 930.000. Rund 2,7 Millionen Menschen mussten seit Beginn des Genozids im Jahr 2004 fliehen. Insgesamt sind 4,7 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die Verbrechen gegen die Menschlichkeit bislang 300.000 Opfer gefordert haben. Tatsächlich dürften jedoch mehr als 400.000 Menschen zu Tode gekommen sein. Die sudanesische Regierung dagegen behauptet, es seien bislang 10.300 Darfuris gestorben.

Im Jahr 2008 wurde die humanitäre Versorgung der Notleidenden durch Überfälle von Janjaweed-Milizionären und Banditen weiter erschwert. Seit Januar 2008 wurden elf Helfer getötet, 261 Fahrzeuge überfallen und 172 Übergriffe auf humanitäre Einrichtungen von den Vereinten Nationen registriert. 189 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen wurden zeitweise entführt (Agence France Press, 30.11.2008), 28 Helfer wurden bei Übergriffen verletzt. Die Zahl der Überfälle hat gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. Im gesamten Jahr 2007 waren 142 Fahrzeuge überfallen, 15 Helfer getötet und 59 verletzt worden. Aufgrund der zahlreichen Übergriffe musste das Welternährungsprogramm seine Hilfslieferungen im Jahr 2008 um 42 Prozent kürzen, ein drastischer Einschnitt, von dem 2,7 Millionen Notleidende betroffen sind (IRIN, 24.6.2008). Aber nicht nur die Menge der Hilfsgüter hat abgenommen, sondern auch die Qualität der Versorgung hat sich in den ersten Monaten des Jahres 2008 deutlich verschlechtert. So konnten im September 2008 nur noch 65 Prozent der Notleidenden von Hilfsorganisationen erreicht werden. So schlimm war die humanitäre Situation zuletzt im Oktober 2006.

Die Koordination der Vereinten Nationen für humanitäre Hilfe (UNOCHA) erklärte im Juni 2008, dass die Arbeitsbedingungen für Hilfsorganisationen in Darfur in den letzten 18 Monaten niemals so schlimm gewesen seien wie heute (AFP, 25.6.2008). Fast jeden Tag würde ein Fahrzeug angegriffen - der von den Behörden versprochene Schutz durch Eskorten wird nur selten gewährt. Auch wird die Arbeit der in- und ausländischen Helfer immer wieder von den Behörden behindert. „Es ist unakzeptabel, dass sich die Zahl der Übergriffe gegen Helfer im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat“, erklärte der UN-Koordinator für humanitäre Einsätze, John Holmes, am 30. November 2008 (Sudan Tribune, 30.11.2008).

Ende Juni 2008 wurde ein Mitarbeiter der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ ausgewiesen. In den letzten Monaten berichteten immer mehr Helfer über Drohbriefe, die ihre Büros per E-Mail erhielten. Gezielt schüchtern die sudanesischen Regierungsmitarbeiter Helfer in Süd-Darfur ein und forderten sie auf, persönliche Passwörter für den E-Mail Verkehr offen zu legen. So wurden vertrauliche Dokumente von Hilfsorganisationen in den offiziellen Medien veröffentlicht. Auch suchten Sicherheitsbeamte Ende August 2008 Büros von Hilfsorganisationen in Süd-Darfur auf, um Beweise für deren vermeintliche Kooperation mit dem internationalen Strafgerichtshof zusammen zu tragen (Reuters, 30.11.2008). Da 94 Prozent der 16.400 in Darfur tätigen Helfer sudanesischer Staatsbürger sind, können sie sich dem massiven Druck der Behörden kaum entziehen.

Auch die Lage der Binnenflüchtlinge aus Darfur hat sich weiter verschlechtert. Mindestens 33 Vertriebene starben und 108 Flüchtlinge wurden verletzt, als am 25. August 2008 sudanesischer Sicherheitskräfte im Flüchtlingslager Kalma das Feuer eröffneten. Rund 30.000 Flüchtlinge leben in dem bei der Stadt Nyala gelegenen Camp. Nach dem Massaker haben die Insassen des Lagers einen besseren Schutz der Flüchtlinge gefordert.

Am 31. Juli 2007 hatte der Weltsicherheitsrat mit der Verabschiedung der Resolution 1769 der Entsendung von 26.000 Soldaten und Polizisten unter dem gemeinsamen Kommando der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union (AU) nach Darfur zugestimmt. Die UNAMID-Friedenstruppen haben ein Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung. Doch bis Ende September 2008 sind nur insgesamt 10.461 Soldaten und Polizisten im Westen des Sudan stationiert worden (8.287 Soldaten, 135 Militärbeobachter, 2.039 Polizisten, 633 ausländische zivile Angestellte, 1.389 sudanesischer Angestellte, 222 Freiwillige der Vereinten Nationen). Die meisten der in Darfur stationierten ausländischen Soldaten gehören zum Kontingent afrikanischer Soldaten, die seit 2004 schrittweise im Rahmen eines AU-Einsatzes nach Darfur gekommen waren.

Zwar stimmte die sudanesischer Regierung nach monatelangem Streit im Juli 2007 der Stationierung der UNAMID-Friedenstruppen grundsätzlich zu, doch seither verzögern die sudanesischen Behörden mit immer neuen Bedingungen die zügige Verlagerung der Soldaten in den Westen des Sudan. So streitet man momentan über eine Liste von Staaten, die Truppen stellen dürfen, und wie diese Soldaten ausgerüstet sein dürfen. Einigen konnte man sich bislang auch nicht auf eine Vereinbarung über die Einsatz-Modalitäten der Blauhelme sowie über die Frage, ob ihre Überwachungsflüge angemeldet und von den sudanesischen Behörden gestattet werden müssen.

Mehrfach wurden die Friedenstruppen angegriffen. Einer der schlimmsten Zwischenfälle ereignete sich am 8. Juli 2008, als sieben afrikanische Soldaten bei einem Angriff von mutmaßlichen Janjaweed-Milizionären getötet und 22 Blauhelmsoldaten verletzt wurden. Nach Angaben der Vereinten Nationen war der Angriff so vorbereitet, dass er möglichst viele Menschenleben kostete.

Sudans Regierung missachtet Völkerrecht

Systematisch hat die Regierung des Sudan seit Beginn des Völkermords in Darfur alle Resolutionen des Weltsicherheitsrates zu dem Konflikt verletzt. Gegen mindestens acht Resolutionen (1325, 1502, 1556, 1591, 1593, 1612, 1674, 1769) zum Schutz der Zivilbevölkerung, zu einem Waffenembargo, zu einer Flugverbotszone, zu Sanktionen, zur Entwaffnung der Milizen und zur Bestrafung der Verantwortlichen hat der Sudan verstoßen.

Die nachstehende Chronik der Bemühungen um ein Ende der Straflosigkeit in Darfur macht deutlich, dass die Führung in Khartum mit allen Mitteln versucht, eine Bestrafung der Verantwortlichen der Verbrechen zu verhindern. Zwar bekräftigt sie stetig, dass sie eine Auslieferung der Verdächtigen nach Den Haag kategorisch ablehne und Prozesse nur im Sudan durchgeführt werden dürften. Doch die bisher stattgefundenen Verfahren gegen den Minister für humanitäre Angelegenheiten, Ahmed Haroun, sowie gegen andere Beschuldigte haben gezeigt, dass die sudanesischer Justiz nicht unparteiisch urteilt und es keine Unabhängigkeit des Gerichtswesens im Sudan gibt. Auch ist Khartum seinen zahlreichen Beteuerungen, glaubwürdige Ermittlungen gegen die Beschuldigten einzuleiten, nicht nachgekommen.

Darüber hinaus verweigert der Sudan systematisch jede Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof, den er in aller Öffentlichkeit auch von hochrangigen Repräsentanten des sudanesis-

schen Staates verunglimpfen lässt. So wird dem Chefankläger Moreno-Ocampo vorgeworfen, ein „Terrorist“ zu sein, und der gesamte Gerichtshof als „terroristische Organisation“ bezeichnet. Gipfelpunkt der Verleumdungen des international anerkannten Gerichtes war die Ausstellung eines Haftbefehls gegen Moreno-Ocampo wegen Unterstützung des Terrorismus.

Die sudanesische Führung muss sich fragen lassen, warum sie nicht nur die Auslieferung Harouns hintertreibt, sondern den per Haftbefehl Gesuchten auch noch als Regierungsmitglied weiter deckt. Seine Ernennung zum Mitvorsitzenden eines Komitees zur Überprüfung von Beschwerden von Opfern der Menschenrechtsverletzungen in Darfur, ist als Affront gegen die internationale Staatengemeinschaft anzusehen. Dies ist kein Ausnahmefall. Auch im Falle des mit Reise- und Finanzsanktionen vom Weltsicherheitsrat, der Europäischen Union (EU) und den USA belegten Janjaweed-Milizenführers Musa Hilal, ignoriert die sudanesische Führung die internationale Staatengemeinschaft, in dem sie ihn zum Sonderberater des Staatspräsidenten al Bashir ernennt.

Kritik an Sudans Führung aus dem eigenen Land

Die Blockadepolitik der sudanesischen Führung stößt sogar in der eigenen Regierungskoalition auf Ablehnung. So fordern Abgeordnete und Minister der südsudanesischen SPLM den sudanesischen Präsidenten immer wieder auf, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten und die Verdächtigen auszuliefern. Von der oppositionellen Umma-Partei bis zur Kommunistischen Partei wird dieser Appell von einem breiten Bündnis der demokratischen politischen Opposition getragen. Nur die Partei des Staatspräsidenten, die Nationale Kongresspartei, beharrt auf ihrem unnachgiebigen Kurs, der dem Ansehen des Sudan weltweit schadet.

Auch lokale Gouverneure und Abgeordnete in Darfur fordern öffentlich eine glaubwürdige Strafverfolgung der Verantwortlichen durch den Internationalen Gerichtshof. Die Betroffenen in Darfur fordern allemal seit Jahren Gerechtigkeit und eine Bestrafung der Verantwortlichen. Dies bestätigten auch Befragungen von Darfur-Flüchtlingen im Nachbarland Tschad durch die Gesellschaft für bedrohte Völker.

Internationale Staatengemeinschaft missachtet ihre Verantwortung

Enttäuschend ist das bisherige Verhalten der internationalen Staatengemeinschaft auf die vielfachen Provokationen der sudanesischen Führung. China, Sudans treuester Verbündeter, intervenierte gleich dreimal seit Dezember 2007 im Weltsicherheitsrat, um eine Verurteilung der mangelnden Zusammenarbeit des Sudan mit dem Internationalen Strafgerichtshof zu verhindern.

Doch auch die EU beschränkte sich auf immer neue Appelle an die sudanesische Führung und auf die bislang leere Androhung von Sanktionen, sollte Khartum nicht mit Den Haag kooperieren. Zwar nahm der Ton der Erklärungen in den letzten Monaten an Schärfe zu, doch auf gemeinsame Sanktionen konnte sich die EU bislang nicht verständigen. Zuletzt verhinderten im Juni 2008 Frankreich und Spanien den Beschluss von Sanktionen.

Darfur ist nicht mit Norduganda vergleichbar

Kritiker der neuen Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofes wenden ein, dass das Vorgehen Moreno-Ocampos weitere Friedensgespräche in Darfur beeinträchtigen könne. Sie vergleichen die Lage mit Norduganda. Dort kämpft seit 20 Jahren die Terrorbewegung Lord's Resistance Army (LRA) gegen die ugandische Armee. Auf Betreiben der ugandischen Regierung wurden gegen führende LRA-Kommandeure Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofes erlassen. Breite Teile der Zivilgesellschaft in Norduganda kritisierten die Haftbefehle, weil sie die Suche nach einer Friedenslösung behinderten. Insbesondere kirchliche Kreise hatten sich jahrelang mit Unterstützung internationaler Menschenrechtsorganisationen gegen den Widerstand der ugandischen Regierung für Frieden in Norduganda eingesetzt.

In Norduganda fordern die meisten Menschen eine Aufhebung der Haftbefehle des Internationalen Gerichtshofes. Das heißt aber nicht, dass sie nicht eine Aufarbeitung der schrecklichen Menschenrechtsverletzungen der LRA verlangen. Diese Aufarbeitung soll nur im Land unter Einsatz traditioneller Methoden der Gerichtsbarkeit erfolgen. Diese wurden in Kooperation mit der ugandischen Regierung inzwischen so der Situation angepasst, dass Verfahren gegen Verantwortliche der LRA in Norduganda stattfinden könnten. Doch bislang hält der Internationale Strafgerichtshof an seinen zuvor ausgestellten Haftbefehlen gegen LRA-Führer fest.

Im Westen des Sudan stellt sich die Situation anders dar. Dort fordert eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung eine Bestrafung der Verantwortlichen der Kriegsverbrechen und des Völkermordes. Da eine solche Aufarbeitung angesichts der mangelnden Unabhängigkeit der Gerichte nicht im Sudan erfolgen kann, plädieren die meisten Vertriebenen und Angehörigen von Opfern in Darfur für eine Überstellung der Täter an den Internationalen Strafgerichtshof. Dies behindere auch nicht den Frieden, erklären viele Darfuris, da die sudanesisische Regierung ohnehin nicht an Frieden interessiert sei und alles unternehme, um einen glaubwürdigen Friedensprozess zu unterbinden.

Chronik der Bemühungen um ein Ende der Straflosigkeit in Darfur

26. Februar 2003:

Beginn der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und des Völkermords

26. Juli 2004:

Der Außenministerrat der Europäischen Union spricht sich unter dem Vorsitz des niederländischen Außenministers Bernard Bot dafür aus, dass der Weltsicherheitsrat eine Untersuchungskommission ernennt und nach Darfur entsendet.

13. September 2004:

Der Rat der EU-Außenminister bekräftigt nochmals die Notwendigkeit der Entsendung einer vom Weltsicherheitsrat bestimmten Untersuchungskommission in den Westen des Sudan.

18. September 2004:

Mit der Resolution 1564 beschließt der Weltsicherheitsrat die Bildung einer Darfur-Untersuchungskommission, die klären soll, ob in Darfur humanitäres Völkerrecht massiv verletzt oder Völkermord verübt wird. Insbesondere Deutschland, das zwischen dem 1. Januar 2003 und dem 31. Dezember 2004 als nicht-ständiges Mitglied in dem höchsten UN-Gremium vertreten war, engagierte sich für das Zustandekommen der Resolution sowie für die Übertragung des Darfur-Dossiers an den Internationalen Strafgerichtshof.

11. Oktober 2004:

Der EU-Außenministerrat begrüßt die Resolution 1564 des Weltsicherheitsrates und die Schaffung der Untersuchungsmission.

25. Januar 2005:

Die vom Weltsicherheitsrat gebildete Untersuchungsmission legt einen umfassenden Bericht vor und empfiehlt, den Internationalen Strafgerichtshof mit der Bestrafung der Verantwortlichen für die festgestellten Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu betrauen.

31. März 2005:

Der Weltsicherheitsrat betraut den Internationalen Strafgerichtshof mit der Resolution 1593 mit der Lage in Darfur. Die Resolution wird mit elf Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und vier Enthaltungen (China, USA, Brasilien, Algerien) angenommen. Gegenstand der Ermittlungen sollen Verbrechen sein, die seit dem 1. Juli 2002 im Westen des Sudan begangen wurden. Nachdrücklich wird darin die Regierung des Sudan aufgefordert, mit dem Strafgerichtshof umfassend zusammenzuarbeiten und ihm sowie seinem Chefankläger jede notwendige Unterstützung zu gewährleisten. Der Sudan hat zwar nicht das Rom-Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ratifiziert, doch der Weltsicherheitsrat kann sich darüber hinwegsetzen und das Gericht mit der Strafverfolgung betrauen, wenn eine Gefahr für den internationalen Frieden und die Sicherheit besteht.

5. April 2005:

UN-Generalsekretär Kofi Annan übergibt dem Internationalen Strafgerichtshof eine Liste mit den Namen von 51 Verdächtigen, die in Darfur für Vergewaltigungen, Plünderungen und Morde verantwortlich sein sollen. Verfasst wurde die Liste von den Mitgliedern der unabhängigen Untersuchungsmission, die vom Weltsicherheitsrat gebildet worden war.

1. Juni 2005:

Der Chefankläger Luis Moreno-Ocampo gibt bekannt, dass der Internationale Strafgerichtshof offiziell Ermittlungen zu Darfur aufgenommen hat.

Dezember 2005:

Moreno-Ocampo wählt eine Reihe Straftaten in Darfur für weitere Ermittlungen aus.

18. Februar 2006:

Sudans Staatspräsident Omar al Bashir erklärt, dass Verbrechen in Darfur nur von sudanesischen Gerichten geahndet werden dürften. Faire öffentliche Gerichtsverfahren und das Recht auf Verteidigung jedes Angeklagten sowie die Beachtung der Menschenrechte seien im Sudan garantiert (Sudan Tribune, 19.2.2006). Der sudanesische Präsident bekräftigte, dass kein sudanesischer Verdächtiger von seiner Regierung dem Internationalen Strafgerichtshof überstellt werde (Xinhua, 19.2.2006).

26. Februar 2006:

Der sudanesische Justizminister Mohamed Ali al-Mardi spricht dem Internationalen Strafgerichtshof jede Gerichtsbarkeit über Sudanesen ab. Dies gelte sowohl für sudanesische Armeemitglieder als auch für paramilitärische Einheiten (wie die Volksverteidigungskräfte / Popular Defense Force) und für Rebellen (Reuters, 26.2.2007). Um dem Internationalen Strafgerichtshof zuvor zu kommen, kündigte das sudanesische Justizministerium die Bildung eines Sondergerichtshofes an, der bereits in der folgenden Woche einsatzbereit sei. Das Gericht solle verschiedene Fälle von

Entführungen, Geiselnahme, Morden sowie Zerstörungen von Häusern in West-Darfur aufarbeiten (Sudan Tribune, 26.2.2007).

Mai 2006:

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Louise Arbour wirft der sudanesischen Regierung in einem Bericht vor, die Behörden in Khartum seien nicht Willens, die Verantwortlichen für Vergewaltigungen und die Ermordung von Zivilisten zur Rechenschaft zu ziehen.

25. Februar 2007:

Der immer häufiger wegen seiner Rolle in Darfur beschuldigte frühere Innenminister Ahmed Haroun weist in einem Interview jede Schuld von sich. „Ich kann mich selbst verteidigen und bin überhaupt nicht besorgt“, erklärt der heutige Minister für humanitäre Angelegenheiten selbstbewusst (AFP, 25.2.2007). Die Anschuldigungen seien falsch und politisch motiviert. „Mein Gewissen ist rein und ich fühle mich nicht schuldig, denn ich habe mich an die nationalen Gesetze gehalten und nur im öffentlichen Interesse gehandelt“, erklärt Haroun. Der Minister sagt, er würde jede Entscheidung der sudanesischen Regierung akzeptieren und befolgen. Sollte er dem Gerichtshof in Den Haag überstellt werden, so würde er dort die gleiche „heldenhafte“ Haltung beweisen wie der irakische Präsident Saddam Hussein. Dem Strafgerichtshof unterstellt der Beschuldigte, er wolle mit seinen Ermittlungen nur den Friedensprozess erschweren, der von Libyen und Eritrea zurzeit vorangetrieben werde. Die von beiden Staaten angestrebten Friedensverhandlungen scheiterten am mangelnden Verhandlungswillen aller Konfliktparteien.

27. Februar 2007:

Moreno-Ocampo nennt mit dem ehemaligen sudanesischen Innenminister Ahmed Haroun und mit dem Führer der Janjaweed-Milizionäre, Ali Mohamed Ali Abdelrahman (genannt Ali Kushayb), die ersten zwei Verdächtigen. Es gebe einen Anfangsverdacht, dass sie verantwortlich seien für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Darfur in den Jahren 2003 und 2004 (Reuters, 27.2.2007).

Haroun und Ali Kushayb gelten als zwei von mindestens 22 Personen, die für Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Darfur verantwortlich sein sollen. Haroun war zur Tatzeit amtierender Innenminister des Sudan und soll mehrmals während dieser Zeit an offiziellen Treffen in Darfur teilgenommen haben, bei denen er Janjaweed-Milizionäre und Soldaten zu Angriffen auf andere ethnische Gemeinschaften angestiftet haben soll. Ali Kushayb hingegen war einer der bedeutendsten Janjaweed-Kommandeure, der für Angriffe auf Dörfer in der Umgebung von Bindisi, Garsila und Mukjar in West-Darfur in den Jahren 2003/2004 verantwortlich gewesen sein soll.

Kritiker der Khartumer Führung vermuten, dass der Sudan sich weigert, der Stationierung von UN-Friedenstruppen in Darfur zuzustimmen, weil befürchtet wird, die Soldaten könnten die Verdächtigen verhaften. Die Erfahrung in Bosnien zeigt jedoch, dass auch die Präsenz von ausländischen Truppen nicht sicherstellt, dass wirkungsvoll nach international per Haftbefehl gesuchten Kriegsverbrechern gefahndet wird. Noch am gleichen Tag erklärt der sudanesischer Justizminister, Ali Kushayb sei bereits seit November 2006 wegen der Verletzung sudanesischer Gesetze in Haft. Auch würde gegen ihn wegen seiner Aktivitäten in Darfur ermittelt (Reuters, 27.2.2007). Auch Haroun sei bereits wegen der Ereignisse in Darfur befragt worden, doch es gebe keinerlei Tatverdacht gegen ihn, erklärte der sudanesischer Justizminister (Sudan Tribune, 27.2.2007). Der Minister bekräftigt, dass der Internationale Strafgerichtshof keine Gerichtsbarkeit in Sachen Darfur habe (UPI, 27.2.2007). Moreno-Ocampo weist dies zurück und widerspricht auch der Behauptung al-Mardis, es gebe keine Beweise für einen Haftbefehl.

Bashirs regierende Nationale Kongresspartei sieht in den Anschuldigungen Moreno-Ocampos den letzten Beweis für eine von westlichen Staaten gegen den Sudan betriebene „Verschwörung“. Der Koalitionspartner der Nationalen Kongresspartei, die vor allem im Südsudan verankerte Sudanesische Volksbefreiungsbewegung / Sudan People's Liberation Movement (SPLM) warnt hingegen die Führung in Khartum davor, die Ermittlungen und die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs in Frage zu stellen. Alle Rebellengruppen in Darfur begrüßen das Tätigwerden des Strafgerichtshofs.

Menschenrechtsorganisationen sehen die Einleitung von Ermittlungen gegen Haroun und Kushayb als ersten wichtigen Schritt an, um die Straflosigkeit zu beenden. Haroun reagiert auf die Ankündigung Ocampos mit der Bemerkung, zunächst solle der Strafgerichtshof US-Präsident George W. Bush und den früheren israelischen Premierminister Ariel Sharon anklagen (Sudan Tribune, 27.2.2007).

28. Februar 2007:

Die Regierung Südafrikas sichert dem Internationalen Strafgerichtshof ihre volle Unterstützung bei der Strafverfolgung der Verantwortlichen für die Verbrechen in Darfur zu (Reuters, 28.2.2007). Die Stimme Südafrikas zählt in Afrikas Politik, da der Staat als eines der einflussreichsten Länder in Afrika gilt.

Haroun sieht Iraks Diktator Saddam Hussein als sein Vorbild an. „Ich weiß nicht, warum ich mich an Saddams Hinrichtung erinnere. Die ganze Welt sah damals, wie er entschlossenen Schrittes zum Henker ging“, erklärt Haroun gegenüber einer arabischen Zeitung, als er nach seinen Gefühlen nach der Ausstellung des Haftbefehls befragt wird (Reuters, 28.2.2007). „Der späte Saddam wirkte an diesem Tag standhafter als seine Henker. Mit der Unterstützung Gottes können wir diese Standhaftigkeit erreichen, die die muslimische und arabische Welt erschüttern wird“, sagt Haroun.

Zur Rechtfertigung seiner Aktivitäten in Darfur erklärt der frühere Innenminister: „Der Polizeieinsatz, der in Darfur stattfand, umfasste die Stationierung von tausenden Polizisten und wird einer der größten Einsätze bleiben, den es je in der Geschichte der sudanesischen Polizei gegeben hat...Damit sollte das Land der Fur sicher gemacht werden.“ Die Polizeioperation sei erfolgreich gewesen, da die meisten Binnenflüchtlinge daraufhin von der Regierung kontrollierte Lager in der Umgebung der größeren Städte aufgesucht hätten. Menschenrechtsorganisationen werfen Haroun und der sudanesischen Regierung vor, für die größte Vertreibung des 21. Jahrhunderts verantwortlich zu sein. Mit dem Aufbau und der Instrumentalisierung der Janjaweed-Milizen hätten die Behörden ein Werkzeug zur Verfügung, mit dem beliebig Dörfer überfallen und ganze Landstriche entvölkert werden konnten. Die Flüchtlingslager würden von denjenigen gesichert, die zuvor die Darfuris aus ihren Häusern und Dörfern vertrieben hätten.

Haroun befindet sich unmittelbar vor der Bekanntgabe der Ermittlungen zu einer medizinischen Behandlung in Jordanien. Überhastet reist er von dort nach Khartum zurück, bevor der Strafgerichtshof die Ausstellung der Haftbefehle bekannt gibt.

1. März 2007:

Der amtierende sudanesischer Innenminister Zubair Bashir Taha droht jedem den Tod an, der versucht die per Haftbefehl gesuchten Personen nach Den Haag zu überstellen (Al Hayat, 1.3.2007). Der Strafgerichtshof solle sich stattdessen um George Bush und Tony Blair kümmern, die Massenvernichtungswaffen und Phosphorbomben in Afghanistan, dem Süd-Libanon und dem Irak einsetzen ließen, erklärt der Minister (Sudan Tribune, 2.3.2007).

3. März 2007:

Der sudanesischer Präsident al Bashir bekräftigt, dass kein Sudanese für ein Strafverfahren an ein ausländisches Gericht ausgeliefert werde. Im Sudan würde jeder, der einen Fehler macht, zur Verantwortung gezogen, aber man sei nicht bereit, sich irgendein Diktat vom Ausland aufzwingen zu lassen, erklärt der Staatspräsident (Associated Press, 3.3.2007).

4. März 2007:

In seinem ersten Interview seit der Ankündigung der Ermittlungen leugnet Ali Kushayb alle Vorwürfe. „Wir haben keine unschuldigen Leute getötet und sind auch nicht für Vertreibungen verantwortlich“, sagte der Milizenführer (Associated Press, 4.3.2007). Er leugnet auch, Führer der Janjaweed-Milizionäre zu sein, und bezeichnet sich stattdessen als ehemaligen Soldaten, der von den Behörden für die Popular Defense Forces engagiert worden sei, um Dorfbewohner und Nomaden vor den „echten Janjaweed“ zu beschützen.

Der Assistent des sudanesischen Präsidenten und stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Kongresspartei Nafie Ali Nafie kritisiert sudanesischer Politiker scharf, die sich für eine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und für eine Auslieferung der Beschuldigten ausgesprochen haben. Diese Parteien würden politischen Selbstmord begehen und ihre Unterstützer würden sich von diesen Bewegungen abwenden (Sudan Tribune, 5.3.2007). Die oppositionelle Umma-Partei des einflussreichen Sadiq el Mahdi hat die sudanesischer Regierung in einer Erklärung aufgefordert, mit dem Strafgerichtshof zu kooperieren, um das Image des Sudan in der Welt nicht weiter zu beschädigen.

Der frühere UN-Sondergesandte für den Sudan Jan Pronk begrüßt die Ermittlungen. Sie hätten eine neue politische Situation geschaffen, wo der Weltsicherheitsrat gescheitert sei. Es sei eine große Chance für das Volk des Sudan, da die sudanesischer Regierung nun zeigen könne, dass sie anerkannte Institutionen der internationalen Gemeinschaft respektiert (Sudan Tribune, 5.3.2007).

5. März 2007:

Auch die Kommunistische Partei des Sudan fordert die Regierung auf, mit dem Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten und die Gesuchten nach Den Haag zu überstellen (UPI, 5.3.2007).

6. März 2007:

Sudans staatliche Nachrichtenagentur kündigt an, dass Ali Kushayb im Sudan der Prozess vor einem Sondergerichtshof gemacht werde. Schon Am 7. März wolle das Gericht seine Verhandlungen aufnehmen (Reuters / Associated Press, 6.3.2007). Neben Kushayb sollen auch der Armee-Hauptmann Hamdi Sharaful Din sowie Abdelrahman Dawood Humaida angeklagt werden. Vergeblich fordern Menschenrechtsorganisationen, dass auch ausländische Beobachter diesen Verfahren beiwohnen dürfen.

8. März 2007:

Aufgrund eines Einspruchs des Rechtsanwalts von Ali Kushayb verzögert sich die Verhandlung des Milizenführers (Reuters, 8.3.2007).

Der sudanesischer Innenminister bekräftigt, dass seine Regierung die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs auch weiterhin kategorisch ablehnt. Der Chefankläger Moreno-Ocampo sei nicht an einer Beachtung der Gesetze interessiert, sondern verfolge politische Interessen. Er setze die politische Agenda von Staaten um, die den Sudan treffen wollten (Sudan Tribune, 9.3.2007).

11. März 2007:

Sudans Innenminister macht deutlich, dass sein Land auch im Falle von Sanktionen des Auslands seine Politik, keine Sudanesen an ausländische Gerichte zu überstellen, nicht aufgeben werde (AFP, 11.3.2007).

12. März 2007:

Eine vom UN-Menschenrechtsrat entsandte Delegation von führenden unabhängigen Menschenrechtlern aus aller Welt erklärt, die Gewalt in Darfur sei vor allem auf eine gewalttätige Aufstandsbekämpfung durch die sudanesischen Sicherheitskräfte und mit ihnen verbündete Milizen zurückzuführen und nicht auf Rebellenüberfälle (Reuters, 12.3.2007).

Im sudanesischen Regierungskabinett gibt es Streit über den Umgang mit dem Haroun-Dossier. Präsidentenberater Minni Minawi, ein ehemaliger Rebellenführer aus Darfur, forderte die Abberufung Harouns als Minister und seine Überstellung nach Den Haag. Die SPLM-Minister sollen sich für eine Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof ausgesprochen haben. Die regierende Nationale Kongresspartei lehnt jede Auslieferung ab (Sudan Tribune, 13.7.2007).

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Louise Arbour fordert den Sudan nachdrücklich auf, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten. Jede Verweigerung der Kooperation mit dem Gericht könne von der internationalen Gemeinschaft als Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Weltsicherheitsrat angesehen werden (Institute for War and Peace Reporting, 18.3.2007).

15. März 2007:

Anschuldigungen, die Regierung des Sudan sei teilweise mitverantwortlich für Kriegsverbrechen in Darfur, seien „haltlos“, erklärt der sudanesische Justizminister al-Mardi. Entsprechende Berichte von Menschenrechtsorganisationen seien nur für die Medien bestimmt und Teil einer gegen den Sudan geführten Kampagne (Associated Press, 15.3.2007).

18. März 2007:

Die sudanesische Regierung kündigt an, sie werde keine Juristen nach Den Haag entsenden, um die Kompetenz des Strafgerichtshofs im Darfur-Fall zu hinterfragen (Sudan Tribune, 18.3.2007). Sudans Justizminister erklärt, sein Land setze jede Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof aus (Associated Press, 18.3.2007).

19. März 2007:

In einem Interview mit einem US-Fernsehsender leugnet Präsident al Bashir jede Beteiligung seiner Regierung an den Verbrechen in Darfur. Der kürzlich veröffentlichte Report der Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrates sei einseitig, erklärt der Präsident (Sudan Tribune, 20.3.2007).

22. März 2007:

Der sudanesische Generalstaatsanwalt Salah Eddin Abuzzaid kündigt an, Staatsanwälte würden Minister Haroun nochmals verhören. Die Einsprüche der drei Beschuldigten gegen das weitere Verfahren seien zurückgewiesen worden (Associated Press, 23.3.2007).

24. März 2007:

Sudans Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten Al Samani El Wasila bekräftigt, der Sudan sei selbst auch dazu in der Lage alle Straftäter in Darfur zur Rechenschaft zu ziehen. Mehrere Verdächtige seien bereits identifiziert worden (Xinhua, 24.3.2007).

26. März 2007:

Präsident al Bashir lehnt es ab, Minister Haroun aus der Regierung zu entlassen und weiter von Staatsanwälten befragen zu lassen (AFP, 26.3.2007).

27. März 2007:

Das sudanesisches Justizministerium ordnet in einem Brief an alle führenden Tageszeitungen des Sudan an, keine Meldungen über die Verfahren zu Darfur zu veröffentlichen (Sudan Tribune, 29.3.2007).

April 2007:

Chefankläger Moreno-Ocampo fordert die sudanesisches Regierung in einem Brief auf klarzustellen, wie sie zu einer freiwilligen Ausreise der Beschuldigten nach Den Haag steht.

27. April 2007:

Der Internationale Strafgerichtshof erlässt Haftbefehle gegen Haroun und Ali Kushayb in Verbindung mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Darfur.

2. Mai 2007:

Der sudanesisches Justizminister weist die Haftbefehle zurück. Die sudanesisches Regierung wähnt sich im Recht, weil sie die Statuten des Internationalen Strafgerichtshofes nicht ratifiziert hat (AFP, 2.5.2007).

3. Mai 2007:

Die sudanesisches Regierung bekräftigt nochmals, dass sie keinerlei Beweise für eine Schuld von Ali Kushayb und Haroun gefunden habe. Haroun habe nicht mit der Armee oder militärischen Operationen zu tun gehabt (Reuters, 3.5.2007).

6. Mai 2007:

Der sudanesisches UN-Botschafter in New York, Abdalmahmood Abdalhaleem, fordert, die Besuche Moreno-Ocampos im UN-Hauptquartier zu begrenzen. Er komme immer häufiger für politische Gespräche nach New York (Sudan Tribune, 7.5.2007).

7. Mai 2007:

SPLM-Abgeordnete im Regionalparlament in Süd-Darfur appellieren an die sudanesisches Regierung, die per Haftbefehl Gesuchten nach Den Haag zu überstellen (Sudan Tribune, 8.5.2007).

6. Juni 2007:

Der Internationale Strafgerichtshof fordert die sudanesisches Regierung förmlich auf, die beiden gesuchten Personen auszuliefern (Sudan Tribune, 6.5.2007).

7. Juni 2007:

Der sudanesisches Justizminister lehnt nochmals jede Auslieferung ab (Xinhua, 7.6.2007).

Moreno-Ocampo appelliert an den Weltsicherheitsrat, den Sudan zu drängen, die Beschuldigten zu verhaften und nach Den Haag zu überstellen (Associated Press, 7.6.2007).

11. Juni 2007:

Der sudanesisches Innenminister Zubair Bashir Taha beschimpft Moreno-Ocampo als „minderen kleinen Angestellten, der einfache Arbeiten verrichtet“. Er lehnt jede Auslieferung kategorisch ab (Sudan Tribune, 11.6.2007).

Juni 2007:

Interpol sucht Haroun mit besonderem Vorrang.

2. Juli 2007:

Der Gouverneur von West-Darfur, Abuelgasim Imam al-Haj, drängt die Regierung des Sudan zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und verlangt die Auslieferung der Gesuchten (Sudan Tribune, 3.7.2007).

11. Juli 2007:

Vor dem UN-Menschenrechtskomitee in Genf erklärt der Sudan, Armeeingehörige und Polizisten, die verdächtigt würden, in Darfur ihre Pflicht verletzt zu haben, würden im Sudan vor Gericht gestellt (AFP, 11.7.2007).

6. August 2007:

Sudans Innenminister erklärt, Haroun sei verhört worden und es bestehe kein Tatverdacht mehr.

27. August 2007:

Minister Haroun nimmt an einem Treffen der Kommission für Humanitäre Hilfe teil und berichtet über Umsiedlungen in Darfur.

28. August 2007:

Moreno-Ocampo bezeichnet es als „total inakzeptabel“, dass Haroun noch immer als Minister für humanitäre Angelegenheiten fungiert. Nachdrücklich beklagt der Chefankläger, dass Khartum nichts unternimmt, um die beiden Beschuldigten auszuliefern (Vereinte Nationen, 28.8.2007).

30. August 2007:

Moreno-Ocampo appelliert an UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, den Sudan zur Zusammenarbeit mit dem Strafgerichtshof zu drängen (Associated Press, 30.8.2007).

September 2007:

Interpol sucht Ali Kushayb mit besonderem Vorrang. Moreno-Ocampo versichert, Augenzeugen hätten dem Gerichtshof berichtet, wie Ali Kushayb die Hinrichtung von Gefangenen und die Vergewaltigung von Frauen angeordnet habe (Sudan Tribune, 15.9.2007).

Haroun wird von der sudanesischen Regierung zum Mitvorsitzenden eines Komitees ernannt, das die Sicherheitssituation im Sudan untersucht und speziell für Klagen von Opfern von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere aus Darfur, zuständig ist (Reuters, 5.9.2007). Haroun amtiert auch als Verbindungsmann der sudanesischen Regierung zur UNAMID.

15. September 2007:

Haroun erklärt, er könne trotz des Haftbefehls weiterhin ins Ausland reisen (Sudan Tribune, 17.9.2007).

17. September 2007:

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Louise Arbour erklärt, Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit in Darfur hielten weiter an (AFP, 17.9.2007).

1. Oktober 2007:

Die sudanesische Regierung gibt erstmals bekannt, Ali Kushayb sei aus Mangel an Beweisen freigelassen worden. Seit November 2006 soll sich der Milizenführer im Gewahrsam der Behörden befunden haben (Sudan Tribune, 2.10.2007).

8. Oktober 2007:

Moreno-Ocampo kündigt an, er werde den Weltsicherheitsrat darüber informieren, dass der Sudan nicht zur Zusammenarbeit bereit sei (Sudan Tribune, 9.10.2007).

13. Oktober 2007:

Der Chefankläger ruft zu einer weltweiten Mobilisierung auf, um die Verdächtigen in Darfur zu verhaften (Canadian Press Agency, 13.10.2007).

15. Oktober 2007:

Moreno-Ocampo kritisiert, dass UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon in seinem monatlichen Sudan-Bericht für den Weltsicherheitsrat den Kampf gegen die Straflosigkeit vernachlässigt habe (Sudan Tribune, 16.10.2007).

21. Oktober 2007:

Mehrere Augenzeugen wollen Ali Kushayb in der sudanesischen Hauptstadt gesehen haben (Sudan Tribune, 22.10.2007).

18. November 2007:

Moreno-Ocampo fordert, dass der Weltsicherheitsrat den Sudan zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof zwingt (Sudan Tribune, 19.11.2007).

5. Dezember 2007:

Moreno-Ocampo wirft der Regierung des Sudan im Weltsicherheitsrat bei der Vorlage seines sechsten Reportes vor, die Zivilbevölkerung systematisch zu verfolgen und diese Verbrechen gezielt zu vertuschen (6.12.2007). Das sudanesische Außenministerium bezeichnet den Report als „einseitig und politisch motiviert“ (Associated Press, 7.12.2007). Der sudanesische UN-Botschafter in New York erklärt: „Wir werden in keinem Fall unsere Leute an den Internationalen Strafgerichtshof ausliefern“ (BBC, 5.12.2007).

9. Dezember 2007:

China und Qatar verhindern im Weltsicherheitsrat eine förmliche Erklärung des Präsidenten zu den Kriegsverbrechen in Darfur und zu der Auslieferung der Verdächtigen. Der dem Rat vorsitzende italienische UN-Botschafter erklärt, dass die Mitglieder des Gremiums eine gemeinsame Erklärung für nicht notwendig halten, da Morenos Ausführungen sehr deutlich gewesen seien (Sudan Tribune, 10.12.2007).

10. Dezember 2007:

Der EU-Außenministerrat fordert den Sudan in einer Erklärung zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof auf. Doch außer einem neuerlichen Appell an Khartum kann sich die EU nicht zu weitergehenden Maßnahmen durchringen.

1. Januar 2008:

Nach Informationen gut informierter Kreise in Khartum versuchte Haroun im Dezember 2007 vergeblich, mit einem falschen Pass die Pilgerfahrt nach Mekka zu machen.

11. Januar 2008:

Am Widerstand Russlands und Chinas scheitert eine Resolution des Weltsicherheitsrates zur Straflosigkeit in Darfur, in der der Sudan zur umfassenden Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof aufgefordert werden sollte (IWPR, 12.1.2008).

16. Januar 2008:

Die sudanesische Regierung gibt bekannt, dass der umstrittene Janjaweed-Führer Musa Hilal zum Sonderberater des Staatspräsidenten al Bashir ernannt worden sei. Zu dem Zeitpunkt seiner Ernennung bestanden bereits Sanktionen des Weltsicherheitsrates, der EU und der USA gegen Hilal aufgrund seiner Verantwortung für Kriegsverbrechen in Darfur. Am 26. April 2006 hatte der Weltsicherheitsrat die Einfrierung aller seiner Konten sowie die Einschränkung seiner Reisefreiheit angeordnet.

Mit dem Fall Hilal missachtet Khartum ein neuerliches Mal das Völkerrecht und die internationale Gemeinschaft. Der 1961 geborene Vater von 13 Kindern ist wegen Mordes und bewaffneten Raubes mehrfach vorbestraft. Im Jahr 2003 wurde er vorzeitig von den Behörden aus dem Gefängnis entlassen, um den Aufstand in Darfur zu zerschlagen. Das US-Außenministerium bezeichnete ihn im Jahr 2004 als einen der wichtigsten Janjaweed-Führer, die für Kriegsverbrechen im Westen des Sudan verantwortlich sind. Im Jahr 2005 räumte Hilal öffentlich ein, dass er im Namen der sudanesischen Regierung Angehörige arabischer Völker angeworben habe, um die Rebellen in Darfur zu bekämpfen.

28. Januar 2008:

Der EU-Außenministerrat ruft den Sudan erneut zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof auf.

27. Februar 2008:

Sudans UN-Botschafter in New York bekräftigt nochmals, dass „niemals“ ein Sudanese an ein ausländisches Gericht ausgeliefert werde (BBC, 27.2.2008).

5. April 2008:

Der Ministerrat der EU verurteilt in einer Erklärung, dass der Sudan nicht zur Auslieferung mutmaßlicher Kriegsverbrecher bereit ist.

6. April 2008:

Der sudanesische UN-Botschafter in New York fordert die Verhaftung und Anklage Moreno-Ocampos. Hintergrund waren die Bemühungen des Chefanklägers, Haroun im Ausland zu verhaften (Sudan Tribune, 6.4.2008).

15. Mai 2008:

Moreno-Ocampo führte im Frühjahr 2008 Gespräche mit der Regierung Saudi-Arabiens, Jordaniens, Quatars, Ägyptens und mit der arabischen Liga, um sie über die Ermittlungen im Darfur-Dossier zu informieren. So will er die Bewegungsfreiheit der beiden Verdächtigen deutlich einschränken. Die Regierung Saudi-Arabiens war auch über die geplante Umleitung eines Flugzeugs informiert, mit dem Haroun im Dezember 2007 unter falschem Namen eine Pilgerreise nach Mekka antreten wollte. Im letzten Moment entschied sich der Minister, den Flug nicht anzutreten.

22. Mai 2008:

Das Europaparlament fordert die Europäische Union auf, alle Guthaben sudanesischer Führer einzufrieren, so lange die sudanesische Regierung nicht zu einer Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof bereit ist (AFP, 22.5.2008).

5. Juni 2008:

Moreno-Ocampo klagt den Sudan vor dem Weltsicherheitsrat wegen seiner mangelnden Zusammenarbeit an. Darfur sei ein gigantischer Schauplatz von Verbrechen. Der ganze Staatsapparat sei darin verwickelt (BBC, 4.6.2008). Seit einem Jahr bestünden die Haftbefehle gegen Haroun und Ali Kushayb. Die Regierung des Sudan unternehme nicht nur nichts, um sie zu verhaften und auszuliefern, sondern fördere sogar noch den Brandstifter Haroun mit neuen Ämtern und Anerkennungen, während die internationale Gemeinschaft ständig neue Feuerwehreinheiten entsende, um wenigstens das schlimmste humanitäre Elend lindern zu helfen.

Chinas UN-Botschafter lobt im Weltsicherheitsrat die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes und appelliert an die sudanesische Regierung, ihre Kommunikation mit dem Gericht zu verbessern (Sudan Tribune, 7.6.2008).

6. Juni 2008:

Präsident al Bashir erklärt gegenüber einer Delegation des Weltsicherheitsrates, sein Land sei Opfer einer „teuflischen Kampagne“, bei der „übertrieben“ und „Fakten entstellt“ würden (BBC, 6.6.2008).

10. Juni 2008:

Die Regierungen der EU und der USA rufen bei einem Treffen in Slowenien gemeinsam den Sudan dazu auf, die Resolution 1593 zu beachten und mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten. Andernfalls drohe die Verhängung von Sanktionen.

Sudans Präsident al Bashir bezeichnet den Internationalen Strafgerichtshof als „terroristische Organisation“ und wiederholt nochmals, kein Sudanese werde an das Gericht überstellt (Sudan Tribune, 11.6.2008).

11. Juni 2008:

Sudans UN-Botschafter in New York fordert die Entlassung des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofes. Moreno-Ocampo sei ein Terrorist, erklärt der Diplomat (Sudan Tribune, 12.6. 2008).

16. Juni 2008:

Der EU-Außenministerrat verabschiedet eine schärfer formulierte Erklärung, in der der Sudan aufgefordert wird, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zu kooperieren. Doch die Verhängung von Sanktionen scheitert im EU-Außenministerrat am Widerstand Frankreichs und Spaniens. Zumindest verschärfte die EU jedoch die entsprechenden Formulierungen im Vergleich zu vorangegangenen Erklärungen.

Der Internationale Strafgerichtshof weist darauf hin, dass die Verantwortung für die Verhaftung mutmaßlicher Kriegsverbrecher aus Darfur bei den Staaten liege. Das Gericht verfüge nicht über eine Polizei, um Haftbefehle zu vollstrecken. Dabei sei man auf die Hilfe von Staaten angewiesen.

19. Juni 2008:

Der sudanesischer Justizminister verklagt Moreno-Ocampo wegen Förderung des „Terrorismus“ (misna, 19.6.2008). Nicht zum ersten Mal fällt der Sudan durch eine ungewöhnliche Klage gegen internationale Persönlichkeiten auf. Im Jahr 2007 hatte Khartum an INTERPOL einen Haftbefehl gegen die Generalsekretärin der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, Irene Khan, weitergeleitet. Ihr wurde „boshafte Berichterstattung“ über die Folterung oppositioneller Politiker vorgeworfen.

Sudans UN-Botschafter in New York vergreift sich erneut im Ton und bezeichnet Moreno-Ocampo „als kleinen Clown, der ein politischer Agent der USA ist“ (Sudan Tribune, 20.6.2008).

Die sudanesischer Regierung erklärt ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem Internationalen Strafgerichtshof über Gerichtsverfahren gegen die Beschuldigten Haroun und Ali Kushayb, sofern diese Prozesse auf sudanesischem Territorium stattfinden würden.

22. Juni 2008:

„Ich schwöre zu Gott, dass wir keinen Sudanesen an ein internationales Gericht überstellen werden“, sagt Sudans Präsident al Bashir (Sudan Tribune, 23.6.2008).

8. Juli 2008:

Der Führer der oppositionellen Umma-Partei, Sadiq el Mahdi, macht deutlich, dass seine Partei von Beginn an für eine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof gewesen ist.

11. Juli 2008:

China bemüht sich, die Ausstellung weiterer Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofes zu Darfur mit einer Resolution des Weltsicherheitsrates zu verhindern, erklären vertraulich Diplomaten in New York. Dabei solle die Verfahrensregel des Artikels 16 der Statuten des Gerichtshofes zur Anwendung kommen, der die Aussetzung der Strafverfolgung für zwölf Monate ermöglicht. China begründet diesen Schritt damit, dass ansonsten der politische Dialog zu Darfur deutlich erschwert würde.

14. Juli 2008:

Chefankläger Moreno-Ocampo beantragt offiziell bei den Ermittlungsrichtern des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) die Ausstellung eines Haftbefehles gegen den sudanesischen Staatspräsidenten Omar Hassan el Bashir wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Darfur in zehn Fällen. Bashirs Ziel sei die Erhaltung der Macht, Genozid sei das Mittel dazu, erklärt Moreno-Ocampo. Dafür brauche er keine Gaskammern oder Kugeln, die Wüste erledige das. Die Menschen würden in Gegenden vertrieben, in denen sie nicht weiterleben könnten. Hunger sei die Waffe dieses Genozids. Es sei ein Völkermord durch Auszehrung. Bei den Ermittlungen seien 600 potentielle Zeugen in 18 Staaten berücksichtigt worden. Nur einhundert Zeugen seien schließlich verhört und ihre Aussagen aufgenommen worden. Der Sudan ist dem Rom-Statut zur Schaffung des IStGH zwar nicht beigetreten, aber aufgrund der im Jahr 2005 vom Weltsicherheitsrat angeordneten Überweisung von Verbrechen in Darfur, unterliegen Sudanesen seiner Gerichtsbarkeit.

Sudans Vizepräsident Ali Osman Taha bezeichnet die Vorwürfe gegen Präsident Bashir als „nichts sagend und falsch“ (Sudan Tribune, 14.7.2008). Taha bezweifelt, dass der Sudan der Gerichtsbarkeit des IStGH unterliegt. Auch stellte der Vizepräsident in Abrede, dass einzelne ethnische Gruppen in Darfur gezielt von der sudanesischer Regierung vernichtet würden oder als gesamte ethnische Gemeinschaften in Opposition zu der Regierung stünden.

Sudans UN-Botschafter in New York kündigt an, Khartum werde sich beim Weltsicherheitsrat dafür einsetzen, dass der beantragte Haftbefehl gegen Präsident Bashir gestoppt werde. Jeder Versuch, den Staatschef festzunehmen, werde von der sudanesischen Regierung als Kriegserklärung betrachtet. Die Weltgemeinschaft müsse sich klar überlegen, ob sie der Linie von Moreno-Ocampo folgen oder das Blutvergießen in Darfur beenden wolle (dpa, 14.7.2008).

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon warnt davor, dass ein Antrag auf einen Haftbefehl gegen Bashir „ernsthafte negative Auswirkungen“ auf die Friedensbemühungen der Vereinten Nationen im Sudan haben könne (Le Figaro, 14.7.2008). Die Vereinten Nationen müssten die Unabhängigkeit der Justiz jedoch respektieren. Sie würden ihre Arbeit im Sudan unparteiisch fortsetzen.

Vorsichtig äußert sich auch Frankreich als amtierende Ratspräsidentschaft der Europäischen Union. Die bereits vereinbarte Friedenslösung für Darfur müsse umgesetzt werden, betont Paris. Der französische UN-Botschafter Jean-Maurice Ripert deutet an, seine Regierung werde die Kontakte zu Bashir einfrieren, sollte der IStGH Haftbefehl gegen ihn erlassen. Führende Diplomaten am Sitz der Vereinten Nationen sehen in der Weigerung des Sudan, mit dem IStGH zusammenzuarbeiten ein Indiz dafür, dass der Vorwurf des Gerichtshofes, Präsident Bashir habe den Genozid angeordnet, berechtigt ist. Sie geben allerdings auch zu bedenken, dass es für den Sudan noch nicht zu spät sei, seine Blockadehaltung aufzugeben und mit dem IStGH zu kooperieren. So könne auch wirksam ein Haftbefehl abgewendet werden.

15. Juli 2008:

Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, dass Deutschland die Arbeit des IStGH grundsätzlich unterstütze und das Gericht nicht kritisieren wolle. Merkel betont die Unabhängigkeit des Gerichtshofes. „Die Lösung der Probleme und der aktuellen Lage in Darfur ist nicht vollkommen unabhängig von der Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes“, erklärt die Bundeskanzlerin (Associated Press, 16.7.2008).

16. Juli 2008:

Dreißig afrikanische Menschenrechtsorganisationen loben das Vorgehen des IStGH und fordern zugleich ein faires Verfahren für Präsident Bashir. „Es ist ein mutiger Schritt, um Straflosigkeit in Afrika zu bekämpfen“, erklärt der Rechtsanwalt Brahim Kone aus Mali von der „Interafrikanischen Union für Menschenrechte“ (Agence France Press, 16.7.2008).

Der Präsident ernannt ein hochkarätig besetztes Komitee, das über die weiteren Schritte der sudanesischen Regierung im Streit mit dem IStGH beraten soll. Vorsitzender des neunköpfigen Ausschusses ist sein Stellvertreter Salva Kiir von der SPLM aus dem Südsudan. Das Gremium soll insbesondere mit der Afrikanischen Union, der arabischen Liga und mit den Blockfreien Staaten über eine angemessene Reaktion auf die Ankündigung Moreno-Ocampos beraten.

Das Sudanese Parlament weist alle Anschuldigungen des IStGH zurück und bekräftigt die Unschuld des sudanesischen Präsidenten. Zugleich appelliert die Volksvertretung an die sudanese Regierung, sich um eine Lösung des Darfur-Konflikts zu bemühen.

„Die Situation ist sehr ernst und gefährlich“, erklärt der Generalsekretär der arabischen Liga Amr Moussa. „Wir sind nicht davon überzeugt, dass alle vom Strafgerichtshof ergriffenen Schritte gut durchdacht sind“ (Sudan Tribune, 16.7.2008).

17. Juli 2008:

Mehr als eintausend Demonstranten protestieren vor dem Präsidentenpalast in Khartum gegen die Ankündigung des IStGH. Unter Parolen wie „Gott ist groß“ und „Vorwärts Bashir“ fordern sie den Tod des Chefanklägers des Gerichtshofes.

Der Präsident der Regierung der autonomen Region Südsudan, Salva Kiir, warnt, eine Anklage Bashirs würde den Friedensprozess und den demokratischen Wandel im Sudan gefährden. Der ehemalige Führer der südsudanesischen Freiheitsbewegung SPLA / SPLM spricht sich dafür aus, dass sich die sudanesishe Regierung mit dem IStGH über ein gemeinsames Vorgehen einigt und mit dem Gerichtshof zusammenarbeitet.

18. Juli 2008:

Die sudanesishe Oppositionspartei Umma Reform and Renewal (URR) appelliert an Bashir, mit dem Strafgerichtshof zu kooperieren. Nur so könnten mehr Spannungen und weitere Konfrontationen mit der internationalen Gemeinschaft vermieden werden. Schließlich sei der Sudan Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen und müsse seine Verpflichtungen der UN-Charta respektieren.

Der Vizepräsident Kenias, Kalonzo Musyoka, sichert Bashir seine Unterstützung zu und weist die Vorwürfe des IStGH zurück.

19. Juli 2008:

Die 22 Außenminister der Arabischen Liga üben den Schulterschluss mit dem Sudan und lehnen in einer in Kairo verabschiedeten Resolution das Begehren Moreno-Ocampos als „unausgewogenes Vorgehen“ ab. Auch verwahren sie sich gegen jeden Versuch, Prinzipien der internationalen Gerechtigkeit zu politisieren (Reuters, 19.7.2008).

20. Juli 2008:

Libyen sichert dem sudanesischen Vizepräsidenten seine Unterstützung in der Auseinandersetzung mit dem IStGH zu.

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Moussa, erläutert Bashir in Khartum einen Aktionsplan der Staatenorganisation, um eine Anklage des Präsidenten abzuwenden (BBC, 20.7.2008).

21. Juli 2008:

Die Afrikanische Union (AU) fordert den Weltsicherheitsrat auf, das Verfahren des IStGH zu Darfur für ein Jahr auszusetzen, um den Friedensprozess nicht zu gefährden. Vor allem der Zeitpunkt der Ermittlungen sei problematisch, weil das ganze Land drohe, sich in einen „Friedhof“ zu verwandeln, erklärt der nigerianische Außenminister Ojo Maduekwe (misna, 21.7.2008).

Präsident Bashir bekräftigt seine Kritik am IStGH und kündigt an, „wir werden nicht auf den Knien rutschen, wir werden uns nicht ergeben und wir werden keinen sudanesischen Staatsbürger einer ausländischen Institution übergeben.“ Nachdrücklich lehnt er jede Auslieferung von Minister Haroun und Milizenführer Kushayb ab und verwahrt sich „gegen jede ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten und gegen jeden politischen Druck“ (Sudan Tribune, 21.7.2008).

22. Juli 2008:

Das Außenministerium Eritreas weist die Anschuldigungen Moreno-Ocampos zurück und kritisiert sein Vorgehen als „Beleidigung“.

Der russische UN-Botschafter Vitaly Churkin spricht sich für eine Aussetzung der Ermittlungen des IStGH zu Darfur aus.

23. Juli 2008:

Die Arabische Liga spricht sich dafür aus, dass die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen in Darfur im Sudan angeklagt und abgeurteilt werden.

Der Chefankläger des IStGH erläutert in einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin „Time“, dass Präsident Bashir einen Gesandten zum IStGH geschickt habe, um zu klären, ob der Gerichtshof im Falle einer Überstellung des steckbrieflich von Den Haag gesuchten Ministers Haroun bereit sei, weitere Ermittlungen gegen höherrangige sudanesishe Politiker einzustellen. Da Moreno-Ocampo nicht bereit gewesen sei, Garantien zu geben, dass gegen Präsident Bashir nicht länger ermittelt werde, verweigere Khartum auch weiterhin die Auslieferung Harouns.

25. Juli 2008:

Der Präsident des Senegal, Abdoulaye Wade, erklärt gegenüber Präsident Bashir, dass er im Falle einer Strafverfolgung, ihm kein Asyl im Senegal anbieten könne.

27. Juli 2008:

Ägyptens Präsident Hosni Mubarak sichert der sudanesischen Führung seine Unterstützung im Streit mit dem IStGH zu.

28. Juli 2008:

Äthiopiens Ministerpräsident Meles Zenawi äußert massive Kritik am Vorgehen des Strafgerichtshofes.

29. Juli 2008:

Im Weltsicherheitsrat wird über die Verlängerung des UNAMID-Mandates und über eine Aussetzung der Darfur-Ermittlungen des IStGH beraten. Es entspannt sich eine hitzige Debatte hinter verschlossenen Türen, da zahlreiche Staaten den Vorstoß der AU und der Arabischen Liga ablehnen, die Abstimmung über die Verlängerung der UNAMID mit einem Beschluss über die weiteren Darfur-Aktivitäten des Strafgerichtshofes zu verbinden. Insbesondere Südafrika und Libyen plädieren mit Unterstützung Chinas und Russlands für eine Aussetzung der Ermittlungen.

Angesichts der angespannten Lage sagt Präsident Bashir einen geplanten Staatsbesuch in Sambia ab.

Chinas Vizepräsident Xi Jinping versichert dem sudanesischen Finanzminister Awad al-Jaz bei einem Besuch in Peking, dass sich die Volksrepublik für eine Aussetzung der Ermittlungen des IStGH einsetzt.

Frankreich fordert den Sudan nochmals auf, mit dem Strafgerichtshof zu kooperieren.

30. Juli 2008:

Ägypten und Uganda fordern, dem Sudan müsse mehr Zeit gegeben werden, um die Sicherheitslage in Darfur zu verbessern und sprechen sich für eine Aussetzung der Ermittlungen des IStGH aus.

31. Juli 2008:

Ruandas Präsident Paul Kagame brandmarkt das Vorgehen Moreno-Ocampos als neuen Imperialismus des Westens, um die ärmsten Staaten zu kontrollieren. Der Strafgerichtshof sei nur etabliert worden, um die Staaten Afrikas zu maßregeln.

Präsident Bashir bekräftigt in einem Interview, dass er niemals mit dem IStGH kooperieren werde (Al Ayyam, 31.7.2008).

Die Rechtsabteilung der Vereinten Nationen empfiehlt dem UN-Generalsekretär, sich politisch vom sudanesischen Präsidenten zu distanzieren (Al-Hayat, 31.7.2008).

Der Weltsicherheitsrat verlängert in der Resolution 1828 das UNAMID-Mandat um ein Jahr und erklärt, es gebe weiteren Gesprächsbedarf zu den Ermittlungen des IStGH. Zwar berichtet die Resolution von den Einwänden der AU und der Arabischen Liga, doch die Kritiker Moreno-Ocampos können sich mit ihrer Forderung nach einer Aussetzung der Darfur-Arbeit des Strafgerichtshofes nicht durchsetzen. Russland äußert seine Enttäuschung über die Resolution. Die USA hatten sich in der Abstimmung enthalten, weil sich Präsident Bashir durch die Formulierung des Resolutionstextes ermutigt fühlen könnte. So nimmt die USA deutlich Stellung gegen die von zahlreichen Staaten geforderte Einfrierung der Ermittlungen des IStGH.

3. August 2008:

Bei einem Treffen mit Gewerkschaftlern aus Afrika, der arabischen Welt und Asien bekräftigt Präsident Bashir, dass der Sudan „nicht mit dem so genannten Internationalen Strafgerichtshof kooperieren wird gemäß unseren rechtlichen, politischen und diplomatischen Kompetenzen“ (Sudan Tribune, 3.8.2008).

Sudans UN-Botschafter in New York, der bereits mehrfach mit seinen Ausfällen gegen westliche Medien, Regierungen sowie Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen auffiel, kritisiert massiv die Ermittlungen des IStGH gegen „einen der bedeutendsten Führer Afrikas, dem es zu verdanken ist, dass es Frieden im Sudan gibt und der einen der längsten Bürgerkriege in Afrika beendet hat“ (Associated Press, 3.8.2008). Der Botschafter spielt damit auf den Friedensschluss zwischen Nord- und Südsudan im Januar 2005 an. Unerwähnt lässt er jedoch, dass Präsident Bashir seit seiner Machtergreifung im Jahr 1989 fünfzehn Jahre lang Völkermord im Südsudan verüben ließ und auch heute noch der viel gelobte Frieden im Süden des Landes äußerst brüchig ist. So kommt insbesondere die sudanesischen Regierung vieler ihrer Verpflichtungen aus dem Friedensabkommen nicht nach.

Sudans Justizminister Abdel-Baset Sabdarat erklärt, man habe Minister Haroun nicht nach Den Haag ausgeliefert, da keine Beweise für seine Schuld vorgelegt worden seien. Jeder könne im Sudan abgeurteilt werden, da die sudanesischen Justiz unabhängig und über jeden Verdacht erhaben sei. Angesichts des Fehlens jeder internationaler Rechtsstandards und einer langjährigen willkürlicher Gerichtsverfahren ist die Aussage des Justizministers äußerst fragwürdig.

Sudans Außenminister zeigt sich zuversichtlich, dass China und Russland einen Haftbefehl gegen Präsident Bashir verhindern werden (Al-Rayaam, 3.8.2008).

4. August 2008:

Sudan fordert Burkina Faso, den dritten afrikanischen Mitgliedsstaat des Weltsicherheitsrates, auf, eine Strafverfolgung von Präsident Bashir zu verhindern.

Mitgliedsstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz unterstützen den Appell der arabischen Liga und der AU an den Weltsicherheitsrat, Moreno-Ocampos Ermittlungen auszusetzen.

5. August 2008:

Der sudanesische Justizminister ernennt einen Sonderermittler, der Menschenrechtsverletzungen in Darfur untersuchen soll. Monatlich soll der Ermittler über seine Arbeit berichten. Fast fünfzehn Jahre hat sich die sudanesische Regierung mit diesem Schritt Zeit gelassen, obwohl die katastrophale Lage der Menschenrechte in Dutzenden Reporten ausführlich dokumentiert ist.

7. August 2008:

Die US-Regierung zeigt sich von der Ernennung des Darfur-Sonderermittlers nicht sehr beeindruckt. Seit Jahren habe der Sudan sich zur Beendigung der Strafflosigkeit verpflichtet, ohne spürbare Taten folgen zu lassen. Auch wisse Khartoum seit mehreren Jahren, dass der Weltsicherheitsrat vom Sudan die Bereitschaft zur Kooperation mit dem IStGH fordere.

11. August 2008:

Auch Moreno-Ocampo zeigt sich enttäuscht. Bereits mehrfach seien Spezialgerichte in Darfur eingerichtet worden, deren Ermittlungen aber immer im Sande verlaufen seien.

12. August 2008:

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon beschwört öffentlich die Unabhängigkeit des IStGH. Die Entscheidungen des Gerichtshofes dürften von niemand beeinflusst werden und müssten anerkannt werden. Die sudanesische Regierung reagiert verärgert auf die Äußerungen des bedeutendsten Repräsentanten der Weltorganisation.

13. August 2008:

Gemäß einer Meinungsumfrage des Fernsehsenders Al Jazeera befürworten 52 Prozent der Bürgerinnen und Bürger arabischer Staaten, dass sich ihre Staatschefs auch vor dem IStGH verantworten müssen. 48 Prozent der Befragten sprechen sich dagegen aus (Al Jazeera, 13.8.2008).

14. August 2008:

Der Sudan kündigt an, die drohende Strafverfolgung von Präsident Bashir auch in der 63.Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 2008 zum Thema zu machen.

15. August 2008:

Der sudanesische Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten reist in vier südamerikanische Staaten (Kuba, Venezuela, Brasilien, Argentinien), um Unterstützung im Streit mit dem IStGH zu werben.

17. August 2008:

Der einflussreiche sudanesischen Präsidentenberater Nafi Ali Nafi warnt den UN-Generalsekretär, nicht „mit dem Feuer zu spielen“. „Wir erklären denen, die den Strafgerichtshof unterstützen, dass dies die rote Linie für uns ist und dies gilt für jeden, egal in welcher Funktion er tätig ist“, erklärt Nafi Ali Nafi. Auch Frankreich kritisiert er scharf, in dem er erklärt: „Die französische Rolle

bei der Unterstützung der Vorwürfe gegen Al Bashir ist das Ergebnis des wachsenden zionistischen Einflusses in Frankreich" (Sudan Tribune, 17.8.2008).

18. August 2008:

Der Sudan hat die Vereinten Nationen vor „ernsthaften Folgen“ für ihr Personal und ihre Einrichtungen gewarnt, sollte ein Haftbefehl gegen Präsident Bashir erwirkt werden, erklärt der bedeutendste Vertreter der UN im Sudan, Ashraf Qazi, vor dem Weltsicherheitsrat (Reuters, 18.8.2008).

19. August 2008:

Bei einem Besuch in der Türkei appelliert Präsident Bashir bei einer Konferenz mit afrikanischen Politikern an die afrikanischen Staaten, ihn in der Auseinandersetzung mit dem IStGH zu unterstützen. Der Strafgerichtshof werde von den Kolonialmächten instrumentalisiert, um den schwarzen Kontinent wieder zu kolonisieren.

20. August 2008:

Präsident Bashir gibt sich in der Türkei siegesgewiss und bekräftigt, dass seine Position durch den Streit mit dem IStGH nur gefestigt worden sei und er keine Auslieferung befürchte (Reuters, 20.8.2008).

21. August 2008:

Gegenüber dem Fernsehsender Al-Arabiya erklärt Bashir, er werde im Falle eines Haftbefehles die UNAMID-Truppen auffordern, das Land zu verlassen (Al-Arabiya, 21.8.2008). Es ist das erste Mal, dass der Präsident öffentlich mit einer Ausweisung der Blauhelmsoldaten droht. Nach dem Interview bemühen sich sudanesisch-Regierungsbeamte, die fatale Drohung des Präsidenten zu relativieren.

22. August 2008:

Ein Busfahrer wird von Sicherheitsbeamten verhaftet, weil er in seinem Bus eine Aufschrift „Ocampo kommt“ zur Schau gestellt haben soll (Al-Sharq Al-Awsat, 22.8.2008).

25. August 2008:

Die Führer eines Lagers von Darfur-Flüchtlings im Tschad danken Moreno-Ocampo in einem Brief für seine Ermittlungen gegen Bashir.

28. August 2008:

Der prominente islamische Gelehrte und ehemalige Dekan des Lehrstuhls für Islamisches Recht an der Universität Qatar, Professor Abdel-Hameed Al-Ansari kritisiert die arabische Rechtsanwaltsvereinigung für ihre Unterstützung des sudanesischen Präsidenten: „Al Bashir braucht nicht die Hilfe der Arabischen Rechtsanwaltsvereinigung, um sich zu verteidigen, sondern die Opfer in Darfur“ (Sudan Tribune, 28.8.2008).

29. August 2008:

Südafrika bekräftigt seine Kritik am Vorgehen Moreno-Ocampos und appelliert nochmals an den Weltsicherheitsrat, eine Aussetzung der Ermittlungen zu beschließen.

31. August 2008:

Chinas Staatspräsident Hu Jintao versichert Präsident Bashir, den Sudan im Streit mit dem IStGH zu unterstützen.

2. September 2008:

China fordert den Sudan auf, sich nicht alleine auf das Veto der Volksrepublik im Weltsicherheitsrat zu verlassen, sondern selber aktiv zu werden, um einen Haftbefehl für Präsident Bashir zu vermeiden (Al Hayat, 2.9.2008).

7. September 2008:

Präsident Bashir sagt seine Teilnahme an der 63.Vollversammlung der Vereinten Nationen ab.

8. September 2008:

Tansanias Präsident Jakaya Kikwete kündigt an, sich in seiner Funktion als AU-Vorsitzender für eine Aussetzung der Ermittlungen gegen Bashir einsetzen zu wollen.

9. September 2008:

Der sudanesischer Justizminister warnt vor einem „Tsunami“, sollte ein Haftbefehl gegen Bashir erwirkt werden.

11. September 2008:

Die AU spricht sich nochmals für eine juristische Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen in Darfur im Sudan aus.

14. September 2008:

Sudans Vizepräsident Taha soll eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung der Janjaweed-Milizen gespielt haben, heißt es in einem 113 Seiten umfassenden redigierten Schriftsatz des IStGH, der Grundlage für die Beantragung des Haftbefehls gegen Bashir sein soll.

17. September 2008:

Frankreich erklärt, dass eine Grundbedingung für eine Aussetzung der Ermittlungen des IStGH eine zukünftige Kooperation des Sudan mit dem Gerichtshof sei. Mehrfach verbreiteten sudanesischer Regierungskreise das Gerücht, Frankreich oder Großbritannien würden sich für eine Aussetzung der Ermittlungen aussprechen. Beide Staaten dementierten entsprechende Berichte.

19. September 2008: Die sudanesischer Regierung ernennt 43 Mitglieder von drei Komitees in den Provinzen Nord-, Süd- und West-Darfur, die den Sonderermittler bei seinen Untersuchungen der Menschenrechtsverletzungen unterstützen sollen.

Die Afrikanische Union sendet einen Report der sudanesischer Regierung an die Mitgliedsstaaten des Weltsicherheitsrates, in dem Khartoum die „Fortschritte“ bei der Bestrafung der Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen in Darfur dokumentiert. Der AU-Vorsitzende Jean Ping erklärt, der Sudan habe „bedeutende Fortschritte“ bei der Schaffung eines permanenten Friedens und von Sicherheit in Darfur gemacht. Der Report enthält keine Angaben zu einer Verhaftung des steckbrieflich vom IStGH seit letztem Jahr gesuchten Milizenführers Kushayb. Die Äußerungen zu den Friedensperspektiven stehen im Gegensatz zu den Berichten des UN-Generalsekretärs an den Weltsicherheitsrat, der stetig betont, dass die Straflosigkeit in Darfur fortbesteht und die Lage der Menschenrechte weiterhin katastrophal ist (Sudan Tribune, 6.10.2008).

20. September 2008:

Sudans Vizepräsident Taha fliegt nach New York, um am Rande der UN-Vollversammlung andere Staaten um Unterstützung im Streit mit dem IStGH zu bitten.

22. September 2008:

Chefankläger Moreno-Ocampo weist Spekulationen zurück, er plane auch Haftbefehle gegen andere führende sudanesischen Politiker zu erwirken. Bashir sei der Hauptverantwortliche für die Kriegsverbrechen in Darfur, bekräftigt der Jurist.

24. September 2008:

Ghana versichert, nichts gegen Bashir zu unternehmen, selbst wenn ein Haftbefehl gegen ihn bestünde.

Die USA werden jeden Versuch, die Ermittlungen gegen Präsident Bashir einzufrieren, mit ihrem Veto verhindern, erklärt Botschafter Richard Williamson, US-Sondergesandter für den Sudan.

25. September 2008:

Einhundert Repräsentanten sudanesischer Flüchtlinge, die weltweit in dreizehn Staaten leben, appellieren in einem Brief an den Weltsicherheitsrat, die rechtliche Aufarbeitung der Verbrechen in Darfur nicht zu verschleppen.

1. Oktober 2008:

Die Außenminister von 79 AKP-Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik versichern dem Sudan nochmals ihre Unterstützung im Streit mit dem IstGH. Am 25. Juli 2008 hatten sie bereits Khartum ihre Hilfe zugesichert. Den EU-Staaten war es nicht gelungen, die AKP-Länder zu einer kritischeren Haltung gegenüber dem Sudan zu bewegen.

2. Oktober 2008:

Die Vorwürfe gegen ihn seien politisch motiviert, erklärt Präsident Bashir.

5. Oktober 2008:

Die Justizminister der Staaten der Arabischen Liga beraten auf einer einwöchigen Tagung in Kairo über ihre Antwort auf die Ermittlungen des IstGH.

7. Oktober 2008:

Der Führung in Khartum gelingt es nicht, die französische Regierung dazu zu bewegen, einer Suspendierung der Ermittlungen des IstGH im Weltsicherheitsrat zuzustimmen. Präsidentenberater Nafi Ali Nafi erklärt nach einem Besuch in Paris, Frankreich erwarte Vorleistungen vom Sudan, bevor es einer Aussetzung der Ermittlungen zustimmen würde. Solange sich die Situation der Zivilbevölkerung in Darfur nicht konkret verbessere und spürbare Fortschritte im Kampf gegen Straflosigkeit gemacht würden, werde Frankreich nicht den Druck auf den Sudan vermindern, erklärt der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy.

8. Oktober 2008:

„Sudanesischen Kinder betrachten Ocampo als Teufel“, erklärt der sudanesischen Wissenschaftsminister Ibrahim Ahmed Omer (Al-Sharq Al-Awsat, 8.10.2008).

9. Oktober 2008:

„Wir sind vollkommen davon überzeugt, dass es keine Vergewaltigungen (in Darfur) gibt“, erklärt der sudanesischen Präsident in einem Interview mit einem britischen Fernsehsender. „Es mag einige Einzelfälle gegeben haben, so wie es in jedem Staat geschieht. Aber Massenvergewaltigungen gibt es nicht.“ Es seien falsche Anschauungen, da Vergewaltigungen in der Gesellschaft und Tradition Darfurs nicht existierten. Die Aussagen von Zeuginnen und Opfern seien nicht glaubwürdig, da die Frauen in Flüchtlingslagern lebten, die von den Rebellen kontrolliert

würden. Nur DNA-Tests könnten zweifelsfrei beweisen, wer der Täter sei (Channel 4, 9.10.2008). Es ist eine ungeheuerliche Unterstellung Bashirs, dass die Vergewaltigungsvorwürfe erfunden seien. Hilfsorganisationen dokumentierten seit Jahren tausende Fälle von Frauen und Mädchen, die vor allem beim Feuerholzsammeln systematisch von Milizionären vergewaltigt werden. In zahllosen Reporten von Menschenrechtsorganisationen, den Vereinten Nationen und der AU wird dokumentiert, dass in Darfur sexuelle Gewalt von Janjaweed-Milizionären und regulären Soldaten systematisch als Kriegswaffe eingesetzt wird.

13. Oktober 2008:

Die in Darfur kämpfende Freiheitsbewegung „Justice and Equality Movement“ (JEM) kritisiert massiv die Unterstützung der arabischen Staaten für Präsident Bashir. In der jüngsten Erklärung der arabischen Justizminister zum Streit mit dem IStGH fehlten sogar die sonst üblichen „Lippenbekenntnisse“ und Verurteilungen der Gewalt und Verbrechen in Darfur.

14. Oktober 2008:

Jordanien empfiehlt der sudanesischen Regierung mit dem IStGH zu kooperieren.

15. Oktober 2008:

Die Richter der mit den Vorbereitungen des Verfahrens gegen Bashir betrauten Ersten Kammer des IStGH (Pre-Trial Chamber 1) fordern Moreno-Ocampo auf, weitere Dokumente vorzulegen, um die Forderung nach einem Haftbefehl zu begründen (BBC, 17.10.2008).

Der sudanesische Justizminister erklärt, dass sich der vom IStGH steckbrieflich gesuchte Milizenführer Kushayb im Gewahrsam der sudanesischen Sicherheitskräfte befinde. Kushayb solle im Sudan der Prozess gemacht werden, erklärt der Minister. Die Äußerung überrascht Beobachter in Khartum, weil in dem am 19. September 2008 vom Sudan mit Vermittlung der AU beim Welt-sicherheitsrat eingereichten Fortschrittsbericht zur Strafverfolgung in Darfur nicht eine Festnahme des gesuchten Milizenchefs erwähnt wird.

16. Oktober 2008:

Das „Forum des sudanesischen Volkes für die Lösung der Darfur-Krise“ nimmt seine Arbeit in Khartum auf. Es soll über Vorschläge zur Lösung der Krise beraten. Dreizehn Oppositionsparteien haben sich geweigert, in dem Gremium mitzuarbeiten, weil sie es nicht für repräsentativ halten. Es war unmittelbar nach der Ankündigung der Beantragung eines Haftbefehls gegen Bashir von dem sudanesischen Präsidenten angeregt worden. Offenkundig soll so der Eindruck erzeugt werden, der Sudan bemühe sich um eine Lösung der Darfur-Krise unter Einbeziehung der bedeutendsten Vertreter der Bevölkerung Darfurs.

20. Oktober 2008:

Frankreich lehnt eine Bitte des Sudan ab, im Streit mit dem IStGH zu vermitteln.

26. Oktober 2008:

Der sudanesische Präsidentenberater Bona Malwal warnt vor einem Haftbefehl gegen Bashir, da dieser Folgen für den Friedensprozess haben werde. Der Haftbefehl habe nichts mit Gesetz und Recht zu tun. „Es ist eine unfaire politische Entscheidung. Es ist ein unverantwortlicher Akt, der dem Ansehen der Internationalen Organisation schadet“, erklärt der Präsidentenberater. Der südsudanesische Politiker Bona Malwal gehörte in den 90er-Jahren zu den wortgewaltigsten Kritikern von Präsident Bashir und warf ihm regelmäßig vor, für Völkermord, Sklaverei und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Südsudan verantwortlich zu sein. Nach dem Friedensschluss

zwischen Nord- und Südsudan gelang es Bashir, Malwal als Präsidentenberater zu gewinnen und seine zuvor geäußerte massive Kritik zu unterlassen.

27. Oktober 2008:

China schlägt vor, mutmaßliche Kriegsverbrecher im Sudan unter Überwachung arabischer und afrikanischer Staaten abzuurteilen. Der Vorschlag stößt bei vielen Flüchtlingen aus Darfur auf deutliche Ablehnung, weil sie weder die AU, noch die Arabische Liga in dem Darfur-Konflikt als neutral ansehen.

28. Oktober 2008:

Der sudanesischer Finanzminister Awad Al-Jaz bemüht sich auf einer Indien-Reise um Unterstützung Indiens im Streit mit dem IStGH. Als ein führendes Mitglied der Bewegung der Blockfreien Staaten sprach sich Indien auch für eine Aussetzung der Ermittlungen aus.

6. November 2008:

Präsident Bashir gibt sich bei einer Demonstration im Ost-Sudan siegesgewiss und erklärt: „Wir werden uns nicht knebeln lassen und nicht in die Knie gehen... Geld und Macht sind nicht in den Händen der USA, Frankreichs und Großbritanniens. Sie alle liegen unter meinen Schuhen“ (Sudan Tribune, 6. 11.2008).

9. November 2008:

Die sudanesischer Regierung beauftragt eine britische Rechtsanwaltskanzlei mit der juristischen Vertretung des sudanesischen Präsidenten in dem Verfahren vor dem IStGH.

11. November 2008:

Präsident Bashir vergleicht die Vorwürfe des IStGH mit dem „Brummen von Moskitos“. Die Ermittlungen des Gerichtshofes würden ihnen nicht sonderlich kümmern oder in seiner Arbeit beeinträchtigen, erklärt der Präsident (Sudan Tribune, 11. November 2008).

13. November 2008:

Frankreich sieht in der Erklärung eines Waffenstillstandes durch die sudanesischer Regierung nicht den geforderten grundsätzlichen Wandel der sudanesischen Politik. Es bestehe daher kein Grund, die Haltung Frankreichs und der EU zum Streit des Sudan mit dem IStGH zu überdenken, erklärt die französische Regierung (Reuters, 13.11.2008).

15. November 2008:

Im Kalma Flüchtlingslager in Süd-Darfur fordern die Vertriebenen vor allem Gerechtigkeit. Ihre Vertreter sprechen sich für eine Strafverfolgung des sudanesischen Präsidenten durch den IStGH aus.

Der ägyptische Staatsminister für juristische und parlamentarische Angelegenheiten, Mufid Shihab, warnt den sudanesischen Präsidenten, seine juristische Position gegenüber dem IStGH sei „schwach“ und schütze ihn nicht vor Strafverfolgung.

16. November 2008:

Präsident Bashir appelliert an den saudischen König Abdullah, sich bei der US-Regierung für eine Aussetzung der Ermittlungen des IStGH einzusetzen.

18. November 2008:

Mexiko erklärt, es werde sich im Weltsicherheitsrat gegen eine Aussetzung der Ermittlungen des IstGH aussprechen.

Die staatliche sudanesishe Nachrichtenagentur SUNA berichtet, der britische Außenminister David Miliband habe gegenüber der Agentur erklärt, Großbritannien und Frankreich würden einen Resolutionsentwurf für den Weltsicherheitsrat vorbereiten, der eine Aussetzung der Ermittlungen Moreno-Ocampos vorsehe (Sudan Tribune, 18.11.2008). Die britische Regierung demontiert nicht nur den SUNA-Bericht, sondern erklärt darüber hinaus, dass kein Interview zwischen der Agentur und dem britischen Außenminister stattgefunden habe.

20. November 2008:

Chefankläger Moreno-Ocampo beantragt Haftbefehle gegen drei Rebellenführer in Darfur, die verdächtigt werden, für den Überfall auf Friedenstruppen der Afrikanischen Union verantwortlich zu sein, bei dem am 29. September 2007 zwölf Soldaten getötet und acht verletzt wurden (Presseerklärung des IstGH, 20.11.2008).

21. November 2008:

Die Richter der Ersten Kammer des IstGH erhalten vom Chefankläger Moreno-Ocampo weitere 700 Seiten mit Beweismaterial zum Fall Bashir.

23. November 2008:

Die sudanesishe Regierung hat Indien weitgehende Investitionserleichterungen zugesichert, wenn die indische Regierung den Sudan im Streit mit dem IstGH im Weltsicherheitsrat massiver unterstütze.

28. November 2008:

Präsident Bashir reist nach Qatar zu einer Konferenz der Vereinten Nationen über Entwicklungsfragen. Er hat den Wunsch, dort mit dem UN-Generalsekretär zu einem Gespräch zusammenzukommen. Ban Ki-Moon meidet jedoch den Kontakt mit dem obersten Repräsentanten des Sudan. In einem als privat deklarierten Gespräch mit Präsident Sarkozy kritisiert Frankreichs Staatspräsident massiv die Lage in Darfur und die Untätigkeit der sudanesischen Regierung bei der Eindämmung der Gewalt im Westen des Landes.

Der IstGH sei eine Gefahr für die regionale und internationale Stabilität, erklärt Sudans UN-Botschafter in New York. „Seine Führung ist arrogant und rassistisch...seine Gerichtsbarkeit ist selektiv und Ausdruck europäischer Doppelstandards“, sagt der für seine deutliche Sprache bekannte UN-Botschafter.